

★ TOP



Die Ministerpräsidenten der Bundesländer fordern finanzielle Hilfen für die energieintensive Industrie.  
(Foto: Fotolia/MIRACLE MOMENTS)

### MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ

## Bundesländer drängen auf Industriehilfen

**Berlin (energate) - Die Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer fordern angesichts der hohen Energiekosten finanzielle Hilfen für die energieintensive Industrie. Andernfalls drohe ein "Substanzverlust" im industriellen Mittelstand und bei großen Unternehmen,** warnte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nach der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin und vor Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Die internationale Konkurrenz könne zu wesentlich günstigeren Preisen produzieren, immer mehr Unternehmen würden in Deutschland keine Perspektive mehr sehen.

"Wir werden die Bundesregierung eindrücklich bitten, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die industrielle Substanz in Deutschland zu sichern", so Weil. Darüber seien sich alle 16 Bundesländer einig. Die Regierung würde darauf verweisen, dass Hilfen schwer mit den europäischen Regeln in Einklang zu bringen seien. Weil verwies aber auf EU-Staaten wie Spanien oder Italien, die längst Lösungen gefunden haben, um ihren Unternehmen zur Seite zu stehen, beispielsweise über Steuergutschriften. "Meine Erwartung ist, dass Deutschland auch in der Lage ist, seine Interessen so zu vertreten, wie das in anderen Ländern gelingt", erklärte der Landesvater. Auch NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sagte, man könne über die Mittel streiten, etwa einen Industriestrompreis oder Direktvermarktungsverträge, und darüber mit Brüssel diskutieren. "Aber die Diskussion hat noch nicht einmal angefangen, weil es dazu keine Haltung der Bundesregierung gibt." Bundeswirtschafts-

### INHALTSVERZEICHNIS

#### ★ TOPMELDUNG

Bundesländer drängen auf Industriehilfen 1

#### 🏠 POLITIK

Opposition will Heizungsgesetz in die Tonne treten 2

Vorlaufphase für CO2-Grenzabgabe startet 3

#### 🏢 UNTERNEHMEN

Bernhard Büllmann wird Geschäftsführer von Stromnetz Berlin 4

Wechsel an der Spitze von Gasunie Deutschland 4

Thüga: Nachfolgerin für Finanzchef Schulte gefunden 4

Lobo zum neuen VKU-Vizehauptgeschäftsführer berufen 4

#### 🔥 STROM

Statkraft schließt PPA für grünen Wasserstoff aus dem Ruhrpott 4

Polen hat zu viel Kohle 5

Strom-Frontjahr klettert erstmals seit April wieder über 150 Euro 6

Spekulanten treiben EUAs über 90-Euro-Marke 7

#### 🔥 GAS & WÄRME

Stadtwerke Nordfriesland: Kalte Nahwärme ist wettbewerbsfähig 7

Gasag kooperiert für Rechenzentrumswärme 8

Meldung über Groningen-Schließung sorgt für

Gashandelsturbulenzen 8

#### ⚡ NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Heimspeicher sollen Varta in die Gewinnzone bringen 9

Start-ups kombinieren dynamischen Tarif mit Energiemanagement 9

"Wir können jeden einzelnen Ladevorgang optimieren" 9

#### 🇦🇹 ÖSTERREICH

Bundesländer holen bei Energiezielen auf 10

Netzbetreiber zeigen Alternativen zum Netzausbau auf 11

E-Control übernimmt Monitoring des EEEffG 11

Zweiter PV-Fördercall: Nachfrage gesunken 12

Größte Photovoltaikanlage Kärntens eröffnet 12

OMV steigt bei kanadischer Geothermiefirma ein 12

#### 🔥⚡ ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

minister Robert Habeck (Grüne) hatte Anfang Mai ein Konzept für einen stufenweisen Industriestrompreis vorgelegt. Darüber sollen die Stromkosten für besonders energieintensive Unternehmen im ersten Schritt auf 6 Cent/kWh sinken. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnt solche staatlichen Eingriffe aber ab.

Auch Bundeskanzler Scholz zeigt sich skeptisch und sagte, es dürfe keine "Dauersubventionen" im Energiemarkt geben. Während Teile der Industrie noch weitergehende Hilfen und ein Absenken des Strompreises auf 4 Cent/kWh fordern, äußern sich Vertreter der Energiebranche ebenfalls skeptisch. Es sei unbestritten, dass die Strompreise in Deutschland zu hoch seien, sagte Eon-Chef Leonhard Birnbaum am Rande des BDEW-Kongresses im Gespräch mit Journalisten. Das Konzept des Industriestrompreises würde seiner Ansicht nach aber "massiv in den Markt eingreifen". Birnbaum plädierte daher für "marktschonende Regelungen".

Ebenfalls keine Einigung zwischen Bund und Ländern gab es bei der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Bau von Infrastrukturprojekten. Laut NRW-Ministerpräsident Wüst liegt das ebenfalls am Dauerstreit in der Ampelkoalition. Sie sei in dem Punkt nicht abgestimmt. Das mache es schwierig, vorwärtszukommen. "Es wird langsam zum Treppenwitz, dass wir gerade beim Thema Planungsbeschleunigung so viele Verzögerungen haben", sagte Wüst und stellte eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz dazu in Aussicht. Darüber hinaus kündigte Niedersachsens Ministerpräsident Weil an, die Länder würden gemeinsam mit dem Bund "ein verstärktes Monitoring der Energiewende angehen". Dabei solle auch die Planung überwacht werden, um zu sehen, ob das Tempo hoch genug ist. /mh

Von Michael Hahn

## POLITIK

### BUNDESTAGSDEBATTE

## Opposition will Heizungsgesetz in die Tonne treten

**Berlin (energate) - Der Bundestag hat über die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beraten. Während Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) das sogenannte Heizungsgesetz als debattier- und entscheidungsreif bezeichnete, sprach Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) von einer "Zumutung" für das Parlament. Das Verfahren sei "verkorkst"**

und das nun diskutierte Gesetz im Grunde veraltet. Stattdessen gebe es zwei Seiten Leitplanken für eine Koalition, die längst den Kurs verloren habe. "Ziehen Sie das Gesetz zurück", forderte Spahn, es sei "für die Tonne". Er forderte stattdessen ein parlamentarisches Verfahren, bei dem kein weiteres Vertrauen der Bevölkerung zerstört werde.

Die Ampel-Koalition hatte monatelang über das sogenannte Heizungsgesetz gestritten. Der Plan, das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu beschließen, stand auf der Kippe. Vor allem die FDP hatte auf weniger strenge Vorgaben gedrungen. Die Ampel-Parteien hatten sich daher am 13. Juni auf Änderungen an den Plänen geeinigt, die unter anderem für Bestandsgebäude längere Übergangsfristen vorsehen.

### Verknüpfung mit Wärmeplanung

Bauministerin Klara Geywitz (SPD) bezeichnete den Streit zwischen den Fraktionen als Ausdruck eines selbstbewussten Parlamentes. Viel zu lange sei nicht über das Thema Heizungen gesprochen worden, nun sei die Debatte da. Das Gebäudeenergiegesetz soll jetzt mit einem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung aus dem Bauministerium verknüpft werden. Dies sei sinnvoll, so Geywitz. Die Menschen wollten Orientierung. Es gehe darum, gemeinsam mit den Bürgern im Land die Modernisierung im Heizungskeller zu schaffen.

Auch FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler betonte, dass erst der Staat vorlegen müsse, wie es vor Ort weitergehen solle. Dazu müsste die Kommune eine Wärmeplanung machen. Dann könne der Bürger frei entscheiden, welche Heizung er einbaue. Unterbrochen wurde er in seiner Rede von Klaus Ernst (Linke), der den Ausschuss für Klimaschutz und Energie im Bundestag leitet. Der Ausschuss wird sich am 21. Juni mit dem Gebäudeenergiegesetz befassen.

Ernst beklagte, dass im Ausschuss nur über die Leitplanken geredet werde: "Diese Leitplanken sind nicht das Gesetz", kritisierte er. "Warum geben Sie dem Parlament nicht genügend Zeit, ein Gesetz zu beraten?", fragte Ernst. Keiner wüsste, was schließlich umgesetzt werden solle. Dies sei kein ordentliches



**entLastmanagement<sup>®</sup> by Unigy**

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

**UNIGY<sup>®</sup>**  
Your Energy Optimizer

parlamentarisches Verfahren. "Im Maschinenraum der Demokratie wird von den Abgeordneten diskutiert, wie das Gesetz verbessert und weiterentwickelt wird", antwortete Köhler. Wichtig sei, dass der Kern des Gesetzes verändert werde: erst die Kommune, dann der Bürger.

### Immobilienwirtschaft zufrieden

Dieser Punkt ist auch der Immobilienwirtschaft wichtig: "Es ist ein Riesenschritt nach vorn, dass bei der weiteren Planung das Gebäudeenergiegesetz und die kommunale Wärmeplanung logisch abgestimmt werden", sagte Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), gegenüber energate. Auch ein paar Details stimmten die Immobilienwirtschaft optimistisch: "Bei Biomasse wie Holzpellets wurden zum Beispiel die zusätzlichen Anforderungen an Biomasse wie Solarthermie oder Speicher gestrichen. Das ist gut für Hoteliers, insbesondere im ländlichen Raum", so Mattner. Nun sei wichtig, dass beide Gesetzgebungsverfahren - Gebäudeenergiegesetz und Wärmeplanungsgesetz - schnell und inhaltlich aufeinander abgestimmt zum Abschluss gebracht würden. Das will die Bundesregierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause schaffen. /ck

Von Carsten Kloth

## INDUSTRIE

### Vorlaufphase für CO2-Grenzabgabe startet

**Brüssel (energate) - Am 1. Oktober beginnt die Übergangsphase für den europäischen CO2-Grenzausgleichsmechanismus. In Kraft treten wird dieser im Jahr 2026.** Mit dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) will sich die EU vor Importen aus Staaten mit weniger starken Umweltauflagen schützen. Für die geplante Übergangsphase hat die EU-Kommission nun einen Entwurf für eine Durchführungsverordnung vorgelegt. Er enthält

im 89-seitigen Anhang Methoden zur Berechnung eingebetteter Emissionen, die während des Produktionsprozesses von CBAM-Waren (Aluminium, Eisen und Stahl, Düngemittel, Wasserstoff, Strom und Zement) freigesetzt werden. Die Behörde konsultiert den Entwurf bis zum 11. Juli. Die Durchführungsverordnung soll danach von der EU-Kommission nach einer Abstimmung im CBAM-Ausschuss, der sich aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, offiziell angenommen werden

In der Übergangsphase des CBAM müssen Händler nur über die Emissionen berichten, die mit ihren Importen verbunden sind, die dem Mechanismus unterliegen, ohne eine finanzielle Anpassung zu leisten. Während Importeure ab dem 1. Oktober 2023 lediglich aufgefordert sind, Daten für das vierte Quartal zu sammeln, müssen sie ihren ersten Bericht bis Ende Januar 2024 einreichen.

### Einheitliche Berechnungsmethode ab 2025

Der Entwurf der Durchführungsverordnung sieht eine gewisse Flexibilität bei den Werten vor, die zur Berechnung eingebetteter Emissionen bei Importen verwendet werden. So können die Unternehmen auf Grundlage gleichwertiger nationaler Systeme von Drittländern oder auf Grundlage von Referenzwerten Bericht erstatten. Ab dem 1. Januar 2025 soll nur noch die neue endgültige EU-Methode akzeptiert werden, die die EU-Kommission allerdings noch entwickeln muss, um sie in einer weiteren Durchführungsverordnung vorlegen zu können.

Der Zweck des Übergangszeitraums bestehe darin, Daten zu sammeln, die dazu beitragen, die Ausgestaltung des CBAM im Hinblick auf die endgültige Phase ab 2026 zu verfeinern, heißt es von der EU-Kommission. Zu diesem Zweck werde sie einen Bericht an das EU-Parlament und den EU-Rat übermitteln und gegebenenfalls bis Mitte 2025 einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung vorlegen. /rl

Von Rainer Lütkehus

## IMPRESSUM

### Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh  
Norbertstraße 3-5  
D-45131 Essen

**Handelsregister:** Amtsgericht Essen HRB 24811  
Sitz der Gesellschaft: Essen

**Geschäftsführung:** Marc Hüther, Christoph Krug  
**Chefredakteur:** Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter  
[www.energate.de/redaktion](http://www.energate.de/redaktion)

### Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500  
[kundenservice@energate.de](mailto:kundenservice@energate.de)

### Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen  
Telefon: +49 201 1022-500  
[redaktion@energate.de](mailto:redaktion@energate.de)

### Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin  
Telefon: +49 30 880013-100

### Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten  
Telefon: +41 62211-6307  
[redaktion@energate.ch](mailto:redaktion@energate.ch)

### Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels  
Telefon: +49 201 1022-516

**Abonnement:** Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal [www.energate-messenger.de](http://www.energate-messenger.de) und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

**Haftungsausschluss & Copyright:** Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

 UNTERNEHMEN

## PERSONALIE

## Bernhard Büllmann wird Geschäftsführer von Stromnetz Berlin

**Berlin (energate) - Bernhard Büllmann ist neuer Geschäftsführer Personal und Finanzen bei Stromnetz Berlin. Er wird künftig gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, Erik Landeck, das Unternehmen leiten, teilte der Netzbetreiber mit.** Der 53-Jährige wurde am 17. Oktober 2022 vom Aufsichtsrat des Unternehmens bestellt. Er verantwortet künftig neben Personal und Finanzen auch die Themen Regulierung, Einkauf und IT bei Stromnetz Berlin.

Der Betriebswirtschaftler war zuvor Mitglied des Vorstands der Rewag Regensburger Energie- und Wasserversorgung. Büllmann stammt aus Mülheim an der Ruhr. Von 1997 bis 2000 arbeitete er für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein in Düsseldorf. Anschließend war er bis November 2018 Kaufmännischer Leiter und Prokurist beim Energieversorger Bad Honnef. Im Dezember 2018 wechselte er nach Regensburg. [/ck](#)

Von Carsten Kloth

## PERSONALIE

## Wechsel an der Spitze von Gasunie Deutschland

**Hannover (energate) - Der Fernleitungsnetzbetreiber Gasunie Deutschland (GUD) bekommt eine neue Geschäftsführerin. Zum 1. September übernimmt Britta van Boven (Jahrgang 1978) den Posten von Jens Schumann (Jahrgang 1965).** Van Boven managt aktuell den Bereich Handel und Regulierung bei der niederländischen Gasunie Transport Services. Schumann verlässt das Unternehmen nach 15 Jahren als Geschäftsführer auf eigenen Wunsch, teilte GUD mit. Er habe das Geschäft hierzulande sehr erfolgreich auf- und ausgebaut. Van Boven soll das Unternehmen nun in eine neue Phase "hin zu einer klimaneutralen Gaswirtschaft" führen. [/dz](#)

Von Daniel Zugehör

## PERSONALIE

## Thüga: Nachfolgerin für Finanzchef Schulte gefunden

**München (energate) - Die Thüga setzt die Frischzellenkur in der Führungsetage fort. Ab Januar 2024 wird Anne Rethmann Finanzvorständin des Stadtwerkeverbands. Die 54-Jährige beerbt in dieser Funktion Christof Schulte.** Dieser werde spätestens zur Jahresmitte 2024 altersbedingt ausscheiden, teilte die Unternehmensgruppe mit. Für Rethmann ist der Arbeitgeberwechsel zugleich ein Branchenwechsel. Rethmann kommt von der Autobahn GmbH des Bundes, die seit 2018 für das Bundesverkehrsministerium den Autobahnbau verantwortet. Dort ist die Diplom-Betriebswirtin seit 2019 Geschäftsführerin Finanzen. Zuvor war die Finanzexperte in verschiedenen Führungs-

positionen im Gesundheitswesen aktiv. Unter anderem arbeitete sie als kaufmännische Geschäftsführerin verschiedener Healthcare-Sparten von Siemens. Der laufende dynamische Wandel der Energiebranche stelle Kommunalversorger "auch und gerade hinsichtlich Finanzen und Wirtschaftlichkeit vor komplexe Herausforderungen", sagte Rathmann anlässlich ihrer Vorstellung. Es gelte, die Stadtwerke und Regionalversorger dabei "proaktiv zu beraten und zu begleiten".

### Thüga-Führung ab 2024 mit zwei neuen Gesichtern

Sobald Rethmann in knapp sechs Monaten ihre Arbeit bei der Thüga aufnimmt, ist der Vorstand nahezu runderneuert. Mit ihr wird Mainova-Chef Constantin Alsheimer als neuer Vorstandsvorsitzender der Thüga starten. Als dann dienstältestes Mitglied des Gremiums vervollständigt Matthias Cord (Jahrgang 1964) das Top-Management der Thüga. Aufsichtsratschef Wolfgang Kalsbach hob die Führungs- und Entscheidungsqualitäten der designierten neuen Vorständin hervor, ebenso wie ihr Know-how in den Bereichen Recht und IT. Das mache sie zur exzellenten Nachfolgerin für Schulte. Vor zwölf Jahren war Schulte vom Übertragungsnetzbetreiber Tennet in den Thüga-Vorstand gewechselt und führt seither das Finanzressort. [/pa](#)  
Von Philip Akoto

## PERSONALIE

## Lobo zum neuen VKU-Vizegeschäftsführer berufen

**Berlin (energate) - Der Vorstand des VKU hat Kai Lobo zum neuen stellvertretenden Hauptgeschäftsführer berufen. Er kommt vom Heizungshersteller Viessmann, wo er das Politikteam leitet.** Zuvor war er unter anderem stellvertretender Büroleiter des Kraftwerkskonzerns Steag in Berlin. energate hatte über den Wechsel zum VKU bereits berichtet. Lobo wird seinen neuen Posten zum 15. September 2023 antreten. Beim VKU folgt er auf Alexander Götz, der im Frühjahr als Abteilungsleiter ins Bundesverteidigungsministerium gewechselt ist. VKU-Präsident Ulf Kämpfer betonte, Lobo bringe die Schlüsselkompetenzen mit, die für die Kommunalwirtschaft in Zukunft entscheidend seien, "insbesondere in der neuen klimaneutralen Energiewelt". [/kw](#)  
Von Karsten Wiedemann

 STROM

## DIREKTVERMARKTUNG

## Statkraft schließt PPA für grünen Wasserstoff aus dem Ruhrpott

**Oberhausen (energate) - Bei der Herstellung von grünem Wasserstoff in Deutschland setzt Air Liquide künftig auf Ökostrom von Statkraft. Die Deutschlandsparten der beiden Konzerne unterzeichneten dazu jetzt einen langfristigen Stromliefervertrag zur Versorgung des Elektrolyseurs "Trailblazer".** Diese Vereinbarung (Power Purchase Agreement, PPA) läuft für drei Jahre

und bezieht sich auf Strom aus Onshore-Windparks mit 45 MW, teilte Statkraft mit. Für die Norweger stellt der Vertragsabschluss eine Premiere dar. "Dies ist unser erster Grünstrom-PPA, der die Herstellung von grünem Wasserstoff ermöglicht", kommentierte Sascha Schröder, Vice President Central European Origination bei Statkraft, die Unterzeichnung. Trailblazer ist bislang im Bau und eine Pilotanlage. Sie befindet sich am Air-Liquide-Standort Oberhausen in Nordrhein-Westfalen. Dort will der französische Industriegashersteller ab 2024 klimafreundlichen Wasserstoff für die Industrie und den Mobilitätssektor produzieren. Der Elektrolyseur soll Ende 2023 zunächst mit 20 MW in Betrieb gehen. Air Liquide kalkuliert allerdings damit, die Produktionskapazität auf 30 MW steigern zu können, wie es hieß. Generelles Ziel sei es, mit einer Wasserstoffproduktion in großem Maßstab den "Schlüsselindustrien im Ruhrgebiet" bei der Dekarbonisierung zu helfen. Außer Wasserstoff stellt Air Liquide in Oberhausen auch Sauerstoff her. /pa  
Von Philip Akoto

## ÜBERANGEBOT

### Polen hat zu viel Kohle

**Warschau (energate) - Die Situation könnte nicht widersprüchlicher sein: In Polen, wo Kraftwerksbetreiber im vergangenen Winter noch eilig große Mengen Kohle auf den Weltmärkten eingekauft hatten, herrscht inzwischen ein Überangebot an dem Energieträger.** Polnische Energieproduzenten halten sich inzwi-

schen mit der Abnahme der Kohle aus den heimischen Bergwerken zurück. Die Gewerkschaften warnen bereits vor der nächsten Krise des polnischen Bergbaus, sollten die Zechenbetreiber infolge der sinkenden Nachfrage die Förderung reduzieren. Zugleich sinkt der Preis für die Kohle rapide. Die Polska Grupa Gornicza (PGG), der größte Steinkohleförderer Europas, hat im Mai eine Verkaufssonderaktion gestartet. Private Verbraucher, die ihre Häuser mit Kohleöfen heizen, könnten unter bestimmten Bedingungen Kohle zum Sonderpreis von umgerechnet 87,70 Euro/Tonne kaufen. Im August des vergangenen Jahres 2022 lag der Preis noch bei 269,23 Euro/Tonne.

### Zu viel Kohle importiert

Die in Polen traditionell sehr starken Bergbaugewerkschaften werfen der Regierung und den Energieunternehmen vor, dass sie im vergangenen Herbst und Winter zu viel Kohle aus dem Ausland auf den polnischen Markt gebracht haben. Die Kohlenimporte nach Polen beliefen sich im Jahr 2022 auf rund 20 Mio. Tonnen. Der Energiekonzern Polska Grupa Energetyczna (PGE), größter Kraftwerksbetreiber des Landes, war auch der wichtigste Importeur von Kohle in der Heizsaison 2022/2023 gewesen. Das Unternehmen kaufte weit mehr als 12 Mio. Tonnen im Ausland ein.

Polnische Marktexperten machen bereits darauf aufmerksam, dass sich das Szenario vom vergangenen Winter wiederholen könnte, da der heimische Kohleabbau weiter heruntergefahren wird. Die

Let's **start** with



Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie. Neugierig?

Treffen Sie uns auf „THE smarter E“ vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.



**HTHIUM**



Kohleförderung ist seit Jahren in der Tendenz rückläufig. Summierten sich die Fördermengen im vergangenen Jahr noch auf rund 53 Mio. Tonnen, lagen sie etwa im Jahr 2019 noch bei rund 62 Mio. Tonnen. Dieselbe Entwicklung führte schließlich im Kriegswinter 2022/2023 zu der Angebotslücke, die nur mit teuren Importen gestopft werden konnte. Die Agentur für industrielle Entwicklung (APP) gab bekannt, dass die Kohleverkäufe im April mit 3,3 Mio. Tonnen den historisch niedrigsten Stand erreicht haben. Die heimische Kohleförderung lag im selben Monat bei 3,5 Mio. Tonnen.

Bei den Beschäftigten der Kohleindustrie ist die rückläufige Entwicklung aber noch nicht angekommen. Nach Angaben der APP waren Ende April rund 75.500 Personen in den polnischen Kohlegruben beschäftigt - rund 600 mehr als im April des vergangenen Jahres.

### Kohleförderer verbreiten Zuversicht

Die Kohleunternehmen versuchen, mit öffentlichen Verlautbarungen die aufkommende Unruhe in der Branche im Keim zu ersticken. Insbesondere Kasjan Wyligala, Vorstandsvorsitzender des Kohleförderers Lubelski Wegiel Bogdanka (LWB), geht seit Wochen in die mediale Offensive. "Die Preise auf den internationalen Märkten unterliegen starken Schwankungen, sind aber derzeit noch relativ hoch", sagte er im Gespräch mit der wichtigsten polnischen Tageszeitung "Rzeczpospolita". Bogdanka habe mit den wichtigsten Kunden langfristige, stabile Verträge abgeschlossen, deren Preisformeln hauptsächlich auf den inländischen Kohlepreisen beruhen. Diese befänden sich wiederum auf einem hohen Niveau. Das endgültige Preisniveau werde das Ergebnis der Entwicklung der inländischen Preisindizes und der Verhandlungen mit den Kunden sein, blickte er voraus. "In Anbetracht der aktuellen und von Experten prognostizierten Preise für heimische und importierte Kohle sind wir zuversichtlich, was unsere unmittelbaren und langfristigen Investitionspläne angeht", so Wyligala.

LWB gilt als das rentabelste polnische Kohleabbauunternehmen. Laut den Geschäftszahlen, die das Unternehmen im Mai veröffentlichte, erwirtschaftete der Kohleförderer ein positives Ergebnis von knapp 550 Mio. Euro. Der Branchenprimus hat einen Anteil von 16,5 Prozent am Steinkohlemarkt und einen Anteil von 21,7 Prozent am Markt für Kraftwerkskohle in Polen, sowie einen Anteil von 27,1 Prozent am Markt für Kohle, die an die kommerzielle Stromwirtschaft verkauft wird. /**Aleksandra Fedorska**

### ADD-ON STROM

## Strom-Frontjahr klettert erstmals seit April wieder über 150 Euro

**Essen (energate) - Sowohl am langen als auch am kurzen Ende zeigte die Preiskurve im Stromgroßhandel deutlich nach oben. Während der Spotmarktpreis in der zurückliegenden Handelswoche erstmals seit April wieder die Marke von 120 Euro/MWh knackte, kletterte das Jahresband Cal 24 in der Spitze sogar über die Marke von 150 Euro.** Dieser Kontrakt hatte ebenfalls letztmals im April über dieser Schwelle gestanden. Gleichwohl war

er auch im Mai für längere Zeit in dieser Preisregion unterwegs gewesen, allerdings knapp unter 150 Euro/MWh. Dabei war der aktuelle Aufwärtstrend am kurzen Ende der Kurve zeitweise von großer Volatilität geprägt. Verschiedenen Händlern zufolge orientierte sich die jüngste Preisrallye stark an den volatilen Gaspreisen, die auf einen nervösen Markt und Berichte zurückgehen, dass im Oktober die Gasförderung in Groningen eingestellt werden soll. Was die Regierung in Den Haag dementierte. Klassische Sommereffekte haben am Strommarkt den Preisauftrieb noch verstärkt, erklärte ein Händler. Dazu zählte er die Wetterprognosen, die weiter Hitze und Trockenheit vorhersagen. Dies treibe die Erwartung auf erhöhten Strombedarf für Kühlung. Aufkommende Debatten über die sinkenden Pegelstände der Stauseen in Deutschland täten ihr Übriges, so der Händler weiter.

### Spotmarkt klettert über 120 Euro

Der Day-Ahead ging zu Beginn des Berichtszeitraums am vergangenen Donnerstag mit 84,52 Euro/MWh aus dem Handel. Die Kalenderwoche beschloss er um 2,5 Prozent teurer bei 86,68 Euro/MWh. Für das handelsfreie Wochenende zeigte die Preiskurve naturgemäß eine deutliche Abwärtsdelle. Notierte der Day-Ahead am Samstag noch bei 55,13 Euro/MWh, waren es am Sonntag lediglich noch 40,75 Euro/MWh. Der Wochenstart stand dann ganz im Zeichen hoher Volatilität. Am Montag verteuerte sich der Strom am Spotmarkt zunächst schlagartig auf 96,40 Euro/MWh. Darauf folgte am Dienstag eine Abkühlung zurück auf die 90-Euro-Marke. Am Mittwoch durchbrach die Preiskurve erstmals in der Woche die 100-Euro-Marke und landete bei 102,94 Euro/MWh. Donnerstag sprang der Spotmarktkurs schließlich auf 120 Euro/MWh.

### Solarstromhoch dämpft die Preisrallye nicht

Die üblicherweise für den Spotmarkt mitprägende Erneuerbareenerzeugung gestaltete sich ähnlich wie in der ebenfalls sommerlichen Vorwoche, mit viel Sonnen- und wenig Windstrom. Die deutschlandweite Solarstromeinspeisung bewegte sich konstant über 35.000 MW und erreichte in der Spitze zwischen 39.000 und 40.000 MW. Die Erzeugungsleistung aus Wind kam indes nicht über 15.000 MW hinaus. Am Mittwoch schafften Windkraft und PV gemeinsam ihren Spitzenwert der Woche mit mehr als 50.000 MW, was den Preisanstieg am Spotmarkt allerdings offensichtlich eindämmte.

### Frontjahr ausschließlich im Aufwärtstrend

Der Kontrakt für das Kalenderjahr 2024 kannte im Berichtszeitraum nur eine Richtung: aufwärts. Los ging die Kletterpartie des Cal 2024 am Donnerstag der Vorwoche mit einem Schlusskurs von 125,05 Euro/MWh, tags drauf notierte das Frontjahr schon bei 133,80 Euro/MWh. Am Montag verlangsamte sich der Aufwärtstrend und Cal 2024 verteuerte sich lediglich auf 134,04 Euro/MWh. Ab Dienstag folgten Sprünge zunächst auf 143,74 Euro/MWh und schließlich auf 150,33 Euro/MWh. Besagte preistreibende Sprünge am Gasmarkt erklärte ein Händler mit der dort vorherrschenden großen Nervosität. Diese gründete sich unter anderem auf Unklarheiten in Bezug auf Gasflüsse aus Norwegen, weil dort

kurzfristig verlängerte Revisionszeiten für einzelne Gasfelder im Raum gestanden hätten. Überdies hätten Spekulationen über die Nichtverlängerung einzelner noch immer bestehender Gasbezugsverträge zwischen Russland und Abnehmern aus Österreich und Italien Ängste geschürt. Das wiederum habe den Gaspreis trotz der für die Jahreszeit Rekord-hohen Füllstände von durchschnittlich 75 Prozent weiter steigen lassen. Nicht zuletzt habe die längere Phase fallender Strom-Großhandelspreise in der jüngsten Vergangenheit kurzfristig agierende, spekulative Marktteilnehmer zurück an die Großhandelsbörsen gebracht. Deren Bedarf wiederum habe ebenfalls zur Preisentwicklung beigetragen. /pa

ENERGYCHARTS CO2-MARKTBERICHT KW 24/2023

## Spekulanten treiben EUAs über 90-Euro-Marke

**Willich (EnerChase) - Während am Montag der KW 23 noch ein neues Tief bei 78,01 Euro/t CO2 markiert werden konnte, zeigten sich bis zum Ende der Handelswoche anschließend klar die CO2-Bullen als dominierende Marktpartei.** Im Einklang mit den kraftwerksrelevanten Energierohstoffen Strom, Gas und Kohle ging es kräftig aufwärts. Auf Wochenschlusskursbasis verzeichnete der EUA-Dezember-Future ein Plus von 9,7 Prozent auf 86,14 Euro/t CO2.

### Bullen halten Momentum bis Mittwoch aufrecht

Nach der bullischen Vorwoche sah es zum Handelsstart der KW 24 zunächst danach aus, als könnten sich die Bären zurückmelden. Nach einer Eröffnung bei 86,53 Euro/t CO2 fiel der CO2-Dez-23-Kontrakt bis auf 84,88 Euro/t CO2 zurück. Anschließend musste das Handelszepter jedoch wieder an die Bullen übergeben werden, sodass die Emissionszertifikate am Montag mit einem Plus von 2,41 Prozent bei 88,22 Euro/t CO2 schlossen. Am Dienstag legten die Verschmutzungsrechte dann im Schlepptau der steigenden Gasnotierungen weiter zu. Der Dezember-Kontrakt schloss 2,83 Prozent höher bei 90,72 Euro/t CO2. Auch am Mittwoch setzte sich der Bullenmarkt weiter fort. Für den CO2-Dez-23-Kontrakt ging es 3,2 Prozent im Plus bei 93,62 Euro/t CO2 aus dem Handel. Intraday notierte der Dezember-Future dabei zwischen 89,91 Euro/t CO2 auf der Unter- und 94,11 Euro/t CO2 auf der Oberseite. Am Donnerstag kann die Aufwärtsbewegung allerdings nicht mehr fortgesetzt werden. Gegen 16 Uhr notieren die CO2-Zertifikate 1,24 Prozent leichter bei 92,46 Euro/t CO2. Gehandelt wurde der Kontrakt bislang zwischen 91,40 Euro/t CO2 auf der Unter- und 95,25 Euro/t CO2 auf der Oberseite.

### Investmentfonds reduzieren Netto-Short-Position im EU-ETS

Mitentscheidend für die Kursrally war auch der Kaufdruck durch die Investmentfonds. So zeigt der aktuelle Commitments-of-Traders-Report (CoT-Report) für die abgelaufene Handelswoche 23, dass sich die Netto-Short-Position der starken Hände um 5,3 Mio. EUAs auf 20,1 Mio. EUAs reduziert hat. Dabei wurden die Long-Positionen um 1,1 Mio. EUAs aufgebaut und zeitgleich die Short-Positionen um 4,2 Mio. EUAs abgebaut. In der aktuellen Handels-

woche dürfte sich der Abbau der Short-Positionen weiter fortgesetzt haben. Einen Hinweis darauf gibt die Entwicklung des "Open Interest". Es zeigt sich, dass die Kursanstiege mit einer starken Abnahme der offenen Positionen einhergehen.

### Weniger Auktionsangebot bei Primärmarktauktion

Bei der Primärmarktauktion in dieser Woche fällt das EUA-Auktionsangebot aufgrund des zweiwöchigen Rhythmus der polnischen Auktion um 2,7 Mio. EUAs niedriger aus als in der KW 23. Bei der ersten Versteigerung am Montag wurde ein Auktionspreis von 83,45 Euro/t CO2 erzielt. Die Bid-to-Cover Ratio lag bei 2,02. Am Dienstag stieg der Clearing-Preis auf 86,44 Euro/t CO2 an. Die Cover Ratio lag bei 2,05. Angesichts der Kursrally am Sekundärmarkt übersprang der Auktionspreis am Donnerstag die 90-Euro-Marke. Die Versteigerung erzielte einen Preis von 91,67 Euro/t CO2. Die Cover Ratio betrug 2,03.

*Autoren: Stefan Küster, Tobias Waniek*

[www.EnergyCharts.de](http://www.EnergyCharts.de)



GAS & WÄRME

BAFA-FÖRDERMITTEL

## Stadtwerke Nordfriesland: Kalte Nahwärme ist wettbewerbsfähig

**Leck (energate) - Mit Rückendeckung ihrer Kommune bauen die Stadtwerke Nordfriesland ein 3,6 Kilometer langes Kaltes Nahwärmenetz in einem Neubaugebiet auf. Für die Käufer der Ein- und Zweifamilienhäuser, eine Kita und eine Seniorenanlage in der Gemeinde Leck gibt es einen Anschluss- und Benutzungszwang.** Die Kommune habe dies ohne Diskussionen mitgetragen, erläuterte Vertriebsleiter Frank Christiansen im Gespräch mit energate. Dank eines Förderbescheides des Bundesamtes Bafa über 2,1 Mio. Euro sei die Wärmelösung aber absolut wettbewerbsfähig gegenüber dem Szenario, dass sich jeder einzelne Eigentümer auf eigene Rechnung eine Wärmepumpe hätte installieren lassen müssen.

Die Stadtwerke nutzen für das Kalte Nahwärmenetz ein Kollektorfeld im Erdreich, das der Erde 5 bis 10 Grad Wärme entzieht. Das Sole-Wassergemisch wird zu den 153 Abnahmestellen geleitet. Dort heben die schätzungsweise insgesamt 140 Wärmepumpen nochmals die Temperatur an. Den Großauftrag musste der Kommunalversorger europaweit ausschreiben. Christiansen rechnet mit einem zeitnahen Zuschlag für einen Wärmepumpenhersteller.

### "Wärmenetze 4.0" deckt 37 Prozent der Kosten

Beim Förderprogramm setzen die Stadtwerke Nordfriesland auf das alte Förderregime "Wärmenetze 4.0", das inzwischen von der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) abgelöst wird. Ein Switch wäre zwar noch möglich gewesen, allerdings hätte

dann ein anderes Kühlmittel verwendet werden müssen, erläuterte Christiansen. Auch der Zeitfaktor sprach dafür, beim alten Förderprogramm zu bleiben. Dieses deckt mit gut 2 Mio. Euro etwa 37 Prozent der zu erwartenden Gesamtkosten ab. Der Wärmebedarf im Neubaugebiet liegt bei schätzungsweise 1,5 Mio. kWh. Im Sommer übernehmen die 140 Wärmepumpen den Kühlbedarf. Das 8.000 Quadratmeter große Kollektorfeld wird nicht überbaut, große Flächen liegen im Gebiet eines Regenrückhaltebeckens, zudem ist ein großer Grünstreifen zwischen zwei Neubaugebieten nutzbar. /mt  
Von Michaela Tix

## JOINT VENTURE

### Gasag kooperiert für Rechenzentrumswärme

**Berlin (energate) - Gemeinsam mit dem Immobilienunternehmen Investa Real Estate gründet die Berliner Gasag Solution Plus ein Joint Venture. Die neue Gesellschaft namens "Data-2heat" will Abwärme aus Rechenzentren vermarkten und übernimmt dazu Planung, Bau, Investition und Betrieb der Wärmeinfrastruktur.** Erstes Projekt wird der Marienpark Berlin mit einem Investitionsvolumen von 20 Mio. Euro. Der Baustart sei bereits erfolgt, so wurde unter anderem schon ein Wärmetauscher installiert, erläuterte eine Gasag-Sprecherin. In der ersten Phase würden 28 bestehende und neue Gewerbegebäude an das neue Wärmenetz angeschlossen, die dank der Abwärme des Berliner Rechenzentrums warm werden sollen.

Bundesweit führe das Unternehmen bereits Gespräche unter anderem mit Rechenzentrumsbetreibern und Kunden in Frankfurt am Main, Hamburg und München. Die Wärme wird im Rahmen von Contracting-Verträgen abgegeben. Die Geschäftsführung der gemeinsamen Tochter übernehmen Gunnar Wilhelm, Chef der Gasag Solution Plus, und Nico Köllner von Investa Real Estate. Der Markt wird mit dem neuen Energieeffizienzgesetz, das noch vor der Sommerpause durch das Parlament beschlossen werden soll, absehbar wachsen. Laut dem bisherigen Entwurf sollen Rechenzentren ab dem 1. Juli 2026 zunächst zehn Prozent ihrer Energie wiederverwerten müssen, falls das Wärmenetz wirtschaftlich erreichbar ist. Die Quote könnte sich bis 2028 auf 20 Prozent verdoppeln.

Von Michaela Tix

## ADD-ON GAS & WÄRME

### Meldung über Groningen-Schließung sorgt für Gashandelsturbulenzen

**Berlin (energate) - Eine Agenturmeldung über die Entscheidung der niederländischen Regierung zur finalen Schließung des Groningen-Feldes sorgte am Donnerstag für hohe Volatilität im Gashandel.** Der Handel für den Frontmonat Juli startete morgens bei 36,90 Euro/MWh an der TTF. Bis zum Mittag stieg der Preis auf 49,90 Euro/MWh. Bis gegen 14:30 Uhr war er wieder auf 42,20 Euro/MWh gefallen. Anschließend ging es wieder aufwärts. 43,50 Euro/MWh war der EEX-Preis für die TTF um 16:00 Uhr. Eine Mel-

dung, die niederländische Regierung habe die endgültige Einstellung der Groningen-Produktion zum 1. Oktober beschlossen, habe zu den Turbulenzen geführt, sagten Händler übereinstimmend.

Dies überrascht, da die Schließung des Feldes zu erwarten war. Zudem hat die Meldung einen kleinen Haken: Die niederländische Regierung hat dementiert, dass die Entscheidung schon getroffen wurde. Dies werde erst am 23. oder 30. Juni erfolgen, sagte gemäß Zeitungsberichten ein Sprecher des niederländischen Ministeriums für Wirtschaft und Klimapolitik. Die darauf einsetzende Entwicklung zeige, wie schnell der Markt wieder unruhig werden kann, kommentierte ein Händler und fügte hinzu: "Wenn der Markt wirklich wieder enger wird, könnten dann wieder noch viel heftigere Preisausschläge möglich werden."

## Hammerfest-Rückkehr geht unter

Fundamental war die Achterbahn nicht zu rechtfertigen. Vermutlich, so Marktteilnehmer, haben ein "Short Squeeze" und die Preisüberhebung durch Algo-Trader den Markt beeinflusst. Im Grunde hat aber nur eine nervöse "bullische" Stimmung ihren Höhepunkt gefunden, die schon während der gesamten Woche das Handelsgeschehen bestimmt hat. Der Day-Ahead startete am Montag mit einem Preis von 30,70 Euro/MWh an der TTF in die Woche. Am Dienstag stieg der Preis auf 35,60 Euro/MWh. Auslöser waren am Montag Meldungen über eine Verlängerung von Wartungsarbeiten im norwegischen System. Am Mittwoch setzte sich der Preisanstieg fort, 38,40 Euro/MWh lautete die Notierung zum Handelsschluss: "Alle Energiepreise, vor allem auch Strom und CO2, notieren fester", verwies ein Händler auf das Preisumfeld für Gas. Die Meldung über eine planmäßige Wiederaufnahme des Betriebs im norwegischen LNG-Terminal Hammerfest ging eher unter und sorgte nicht für eine Preisberuhigung: "Vor drei Wochen, als in Hammerfest der Betrieb unterbrochen werden musste, hat der Markt noch stark reagiert; mit einem deutlichen Preissprung nach oben", erinnert sich ein Händler.

## Erste Hitzewelle treibt Preise

Auch im Terminmarkt waren die Preise sehr fest. Q3/23 wurde am Donnerstagnachmittag mit 42,80 Euro/MWh gehandelt. 32,20 Euro/MWh lautete die Notierung an der TTF am Montag zum Handelsschluss: "In Asien gibt es eine erste Hitzewelle. Dies dürfte zu einem Anstieg des JKM-Index und einer stärkeren LNG-Nachfrage dort führen", meinte ein Händler. Bis zum 24. Juni werden in Nordwesteuropa 19 LNG-Tanker erwartet. Dies sei deutlich weniger als in den Wintermonaten, schreiben die Analysten eines Handelshauses. Die Preise aller Kontrakte für 2024 gingen ebenfalls deutlich nach oben. Winter 23 wurde zuletzt mit 56,90 Euro/MWh gehandelt, 46,00 Euro/MWh waren es am Montag. Für Cal 24 wurden Donnerstagnachmittag 56,30 Euro/MWh an der TTF bezahlt. 47,30 Euro/MWh lautete die Schlussnotierung am Montag. Auf die Frage, ob denn die Preise nun wieder deutlich sinken, reagierten Händler eher achselzuckend. Die weitere Entwicklung sei schwierig einzuschätzen. /hl

Von Heiko Lohmann



## GIGAFACTORY

## Heimpeicher sollen Varta in die Gewinnzone bringen

**Ellwangen (energate) - Der finanziell angeschlagene Batteriehersteller Varta baut nun doch seine Gigafactory für Energiespeicher. Mit der Investition will sich das Unternehmen aus der Verlustzone kämpfen.** Mehr als 20 Mio. Euro soll die Fabrik laut Mitteilung kosten und schon in diesem Jahr den Betrieb aufnehmen. 2022 hat Varta mit einem Verlust von rund 200 Mio. Euro abgeschlossen und daraufhin die Pläne seiner Gigafactory auf Eis gelegt.

Aber nur vorübergehend, wie sich jetzt zeigt. Der Batteriehersteller setzt seine Hoffnung auf "den Zukunftsmarkt der erneuerbaren Energien". In seinem neuen Werk am Standort Neunheim im baden-württembergischen Ellwangen will er künftig bis zu 100.000 Systeme pro Jahr produzieren. Bei einer durchschnittlichen Leistung von zehn kWh pro Speicher entspreche das einem Output von mehr als einer GWh jährlich, so Varta.

Zum Start ab dem vierten Quartal soll es zunächst die Hälfte sein. "Bis spätestens Anfang 2025" werde die Produktion dann jedoch hochgefahren auf eine GWh pro Jahr. Die Gigafactory ist Teil der neuen Strategie. Das Unternehmen hat sich ein Sanierungskonzept verordnet und neues Kapital sichern können, allerdings auch den Abbau von Personal angekündigt - 800 Stellen könnten betroffen sein. In der neuen Fabrik sollen dagegen rund 120 neue Arbeitsplätze entstehen. /dz

Von Daniel Zugehör

## KOOPERATION

## Start-ups kombinieren dynamischen Tarif mit Energiemanagement

**Berlin/Hamburg (energate) - Die beiden Start-ups Powerfox und Rabot Charge kooperieren. Stromkundinnen und -kunden sollen dadurch mehr Kosten als bisher sparen können. Dazu wollen die Unternehmen ihre Lösungen - einen Energiemanager und einen dynamischen Tarif - kombinieren,** kündigten sie an. Das 2015 gegründete Powerfox bietet ein Energiemanagementsystem samt Auslesemodul für Stromzähler an, womit sich Verbrauchsdaten digitalisieren und der Energieverbrauch optimieren lassen. Voraussetzung sind ein digitaler Stromzähler und eine Internetverbindung. Rabot Charge wiederum datiert auf das Jahr 2021 und ist Anbieter dynamischer Ökostromtarife. Das Unternehmen kauft kurzfristig an den Energiebörsen ein und wirbt damit, bis zu 35 Prozent günstiger als der Grundversorger zu sein. Dafür verlangt es eine sogenannte "Ersparnisprovision". Die beträgt 20 Prozent von der Differenz zum - höheren - Grundversorgerpreis.

Das Geschäftsmodell, das etwa auch der Mitbewerber Tibber anwendet, rentiert sich insbesondere bei niedrigen Börsenstrompreisen. In Energiekrisenzeiten gerät es indes unter Druck. Liegt der Grundversorgerpreis nämlich unter dem von Rabot Charge, verdiene das Start-up nichts, sagte eine Unternehmenssprecherin auf Nachfrage. Aktuell funktioniere der Stromeinkauf an der Börse aber. Ihre Lösungen wollen die Start-ups nun kombinieren und Kundinnen und Kunden ermöglichen, das eigene Verbrauchsverhalten zeitlich besser, nämlich automatisiert, auf die Erzeugungskapazitäten abzustimmen. Wird zum Beispiel das E-Auto geladen, wenn gerade viel Grünstrom produziert wird, kann das Kosten sparen und das Netz entlasten. /dz

Von Daniel Zugehör

## ADD-ON NEUE MÄRKTE &amp; TECHNOLOGIEN

## "Wir können jeden einzelnen Ladevorgang optimieren"

**Mainz (energate) - Erneuerbare Energien und Elektromobilität effizient miteinander verknüpfen - dafür bietet die Mainzer Lade GmbH Infrastrukturlösungen an. Durch die intelligente Steuerung der Ladevorgänge mittels der Anwendung Lade-Genius sollen E-Autos die Nutzung von Ökostrom im deutschen Stromnetz verbessern. Dennis Schulmeyer, Gründer und Geschäftsführer der Lade GmbH, erklärt im Interview, was es damit mit auf sich hat.**

**energate:** Herr Schulmeyer, im Bereich Ladeinfrastruktur sind bereits zahlreiche Unternehmen und Start-ups mit verschiedenen Technologien tätig. Was ist die Neuheit bei Lade-Genius und was unterscheidet das System von der Konkurrenz?

**Schulmeyer:** Unser Energiemanagementsystem Lade-Genius besteht aus zwei Komponenten: einem Hardware-Controller, der vor Ort installiert wird, und der Intelligenz, die wir über unsere Cloud bereitstellen. Damit können wir anhand vieler Faktoren jeden einzelnen Ladevorgang optimieren - und das für Hunderte Ladepunkte pro Standort.

Auch die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien beziehen wir mit ein, sowohl lokal als auch im Netz. Die von uns entwickelte Künstliche Intelligenz ermittelt für fünf Tage im Voraus, wann wie viel Strom verfügbar ist und wer wann wie viel Energie benötigt. Durch ein intelligentes Matching lassen sich nicht nur Stromkosten senken, sondern auch der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch steigt signifikant. Unseres Wissens sind wir die Ersten, die das in dieser Form anbieten.

**energate:** Wie funktioniert der Einbau?

**Schulmeyer:** Hardware-seitig bietet das Gerät viele Anschlüsse und Schnittstellen und es ist sehr einfach per Plug-and-play zu installieren. So können Elektriker mit wenig Aufwand in unterschiedlichsten Kontexten ein flexibles Energiemanagement installieren. Ich habe selbst Elektriker gelernt und weiß, was Handwerker brauchen. Zum Beispiel

benötigt ein smarter Ladeplatz mit unserem System außer einem Internetzugang keinerlei Netzwerkinfrastruktur, also keine Komponenten wie etwa Switches und insbesondere keine sternförmige Netzwerkverabelung, denn die ist teuer. Auch bei der Konfiguration und Einrichtung der Ladepunkte erledigt das System das meiste automatisch. Und da wir den Strom mittels Klappwandler direkt am Hausanschluss messen können, ermöglichen wir Funktionen wie intelligentes PV-Überschussladen, ohne mit einem Wechselrichter kommunizieren zu müssen.

**energate:** Welchen Vorteil haben Kunden von Lade-Genius und wie können sie das System nutzen?

**Schulmeyer:** Mit unseren Ladelösungen wie Lade-Mini und Lade-Plus ermöglicht Lade-Genius den Aufbau smarter Ladeinfrastruktur in unterschiedlichsten Kontexten - vom privaten Wohnhaus über Wohnungseigentümergeinschaften und Mehrfamilienhäuser bis hin zu Unternehmen. Funktionen wie dynamisches Lastmanagement und insbesondere intelligentes PV-Überschussladen sind dabei direkt integriert.

Damit lösen wir ein riesiges Problem im Bereich des PV-Ladens. Das funktioniert im privaten Kontext in den meisten Fällen schon heute einigermaßen gut, weil in diesem Fall für die Nutzer ein unmittelbarer finanzieller Vorteil entsteht. Den braucht es, damit sich Leute überhaupt damit beschäftigen, wie und wann man den Solarstrom möglichst sinnvoll nutzt und gleichzeitig das ganze Jahr über sicherstellt, dass das Fahrzeug genug Strom hat. Das funktioniert spätestens dann nicht mehr, wenn PV-Anlage und E-Auto unterschiedliche Eigentümer haben, also Immobiliengesellschaften, Unternehmen usw.

**energate :** Wieso?

**Schulmeyer:** Die einen wollen zuverlässig ihr Auto laden, die anderen wollen die PV-Anlage möglichst wirtschaftlich nutzen. Dafür muss aber klar sein, wann wie viel Strom produziert wird und wer ihn wann benötigt. Das alles managt unser System nun automatisch und vor allem skalierbar. So kann zum Beispiel Solarstrom direkt selbst verkauft werden, anstatt dass er für wenige Cent ins öffentliche Netz eingespeist wird.

**energate:** Ab wann und wo wird die Technik erstmals eingesetzt und wann ist sie flächendeckend verfügbar?

**Schulmeyer:** Seit Dezember 2022 haben wir Lade-Genius bei einer Reihe von Pilotkunden in unterschiedlichsten Anwendungssituationen in Betrieb. Aktuell ist das Produkt in Verbindung mit unseren Ladepunkten erhältlich, deren Vertrieb wir gerade skalieren. Voraussichtlich ab Ende des Jahres wird Lade-Genius auch OCPP-fähige (der Kommunikationsstandard Open Charge Point Protocol, Anm. der Redaktion) Hardware anderer Hersteller unterstützen, ebenso weitere Geräte wie Speicher und Wärmepumpen. Ab diesem Zeitpunkt wird Lade-Genius dann wahrscheinlich auch als eigenständiges Produkt erhältlich sein.

**Die Fragen stellte Michael Hahn.**

## ERNEUERBARENAUSBAU

# Bundesländer holen bei Energiezielen auf

**Wien (energate) - Die Bundesländer haben bei der Umsetzung der Klima- und Energieziele, vor allem beim PV-Ausbau, gegenüber den Vorjahren stark aufgeholt. Der Aufwärtstrend bei Solarenergie sei jedoch für alle erneuerbaren Technologien erforderlich,** so die Forderung beim Fachdialog zur Energiewende vom Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) in Wien. In der Studie zu "Klima- und Energiestrategien der Länder" listete die Österreichische Energieagentur (AEA) aktuelle Zahlen zum Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung auf. Bei den landesweiten Zielen klafft aber noch eine Lücke von 3,6 TWh. Im Jahr 2021 haben noch 16,3 TWh gefehlt, sagte der AEA-Leiter Energiewirtschaft und Infrastruktur, Günter Pauritsch.

Beim Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch wurden laut Studie die Ziele der Länder zu 94 Prozent an die Bundesvorgaben angeglichen. Handlungsbedarf bestehe bei der Energieeinsparung. Laut Entwurf des Energieeffizienz-Reformgesetzes 2023 liege dieser nun bei 31,8 TWh. "Die Bundesländer dürfen dabei nicht einzelne Technologien herauspicken und favorisieren, sondern müssen entsprechend ihrer Potenziale alle realisieren", forderte EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundnig. Der von der AEA ermittelte Zehnjahrestrend zeigt, dass bei gleichbleibendem Engagement alle Energieziele stark verfehlt würden.

## Flächen und Gesetze dringend notwendig

Nach wie vor mangelt es in allen Bundesländern an ausgewiesenen Flächen für den Windkraftausbau. "Es fehlt an Personal in den Genehmigungsbehörden, um die Verfahren rasch abzuarbeiten und nicht wieder künstlich Warteschlangen zu erzeugen", erläuterte IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl.

Trotz der positiven Dynamik bei den PV-Ausbauzielen brauche es noch entsprechende Landesgesetze für PV auf Gebäuden und Infrastruktur, geeignete Flächen für Großprojekte und leistungsfähige Stromnetze. "Doch die meisten Bundesländer agieren planlos und haben bei den Voraussetzungen für Großprojekte blinde Flecken", kritisierte die Geschäftsführerin des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Vera Immitzer. Damit würden die Länder einen abrupten Abbruch des aktuellen PV-Aufwärtstrends riskieren, so ihre Warnung.

## Energieeffizienz im Fokus

Im Rahmen eines klimaneutralen Österreichs bis 2040 sei künftig ein höherer Bedarf an erneuerbarer Energie, besonders in der Stromerzeugung, zu erwarten. Auch der Gesamtenergieverbrauch müsse deutlich gesenkt werden. "Die Energiewende ist eine Strom- und Energieeffizienzende", betonte AEA-Experte Pauritsch.

Der Erneuerbarenausbau müsse "Hand in Hand" mit Effizienzmaßnahmen erfolgen. Laut Studie müssen bei Treibhausgasemissionen bis 2030 jährlich rund 3,4 Prozent eingespart werden. Dieser Wert liege deutlich über den 0,8 Prozent, die von 2005 bis 2019 eingespart wurden. [/imk](#)

Von Irene Mayer-Kilani

## FORUM VERSORGUNGSSICHERHEIT

# Netzbetreiber zeigen Alternativen zum Netzausbau auf

**Wien (energate) - Das Stromnetz wird komplexer. Künftig wird in jeder Netzebene Energie erzeugt, zurückgespeist und verbraucht. Um dieser Komplexität besser begegnen zu können, braucht es eine automatische Steuerung von Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen sowie eine hohe Anzahl von Echtzeitmessdaten,** sagte Werner Hengst, Geschäftsführer der Netz Niederösterreich (NÖ), bei einem Online-Termin des Forums Versorgungssicherheit. Eine weitere wesentliche Komponente sei die aktive Steuerung der Netznutzer und -nutzerinnen durch die Netzbetreiber.

Durch die zunehmende Einspeisung von Photovoltaik im Mittel- und Niederspannungsbereich stoßen die Netze immer häufiger an Belastungsgrenzen, erklärte Hengst. Aufgrund von Erzeugungsspitzen im niederen Spannungsbereich treten höhere Spannungen im Netz auf, die wiederum zu höheren Kosten durch den notwendigen Ausbau führen. Allein im Jahr 2022 schloss der niederösterreichische Netzbetreiber 207 MW an PV im niederen Spannungsbereich an. Eine Lösung, den Leistungsspitzen zu begegnen, sei der Einsatz von Batteriespeichern, sagte Hengst.

### Netzbetreiber wollen Batteriespeicher betreiben

Dadurch könne der Netzbetreiber die Erzeugungsspitzen kappen und in die Speicher umleiten. Später könne die Energie dann wieder abgegeben werden, wenn die PV-Produktion geringer ist, etwa in der Nacht. Wichtig dabei sei, dass die Batteriespeicher nicht marktgesteuert, sondern netzdienlich agierten. Der Einsatz von Batteriespeichern sei dort denkbar, wo ein klassischer Netzausbau strategisch nicht sinnvoll oder zu kostenintensiv sei, sagte der Netzexperte.

Für den mittleren Spannungsbereich brauche es einen Batteriespeicher mit einer Leistung von rund 1 MW. Auf Basis der Organic-Solid-Flow-Technologie sei dafür eine Fläche von 12 mal 6 Metern und Investitionen von 2 bis 3 Mio. Euro notwendig. Für die Niederspannung liegen die Werte für den benötigten Batteriespeicher bei bis zu 100 kW und die Kosten bei circa 300.000 Euro. Hierfür sei es aber notwendig, dass Netzbetreiber Batteriespeicher betreiben dürfen, ergänzte Hengst.

### Dynamische Leistungsregelung von Anlagen

Für die saisonale Speicherung brauche es dann aber andere Lösungen, etwa im Bereich Wasserstoff. Für die Umsetzung solcher Projekte brauche es aber dringend das Erneuerbare-Gase-Gesetz.

Hengst fordert hier einen Beschluss im Nationalrat noch im ersten Halbjahr 2023. Nur mit dem notwendigen Rechtsrahmen könne Investitionssicherheit hergestellt werden. Zusätzlich müsse der Einsatz von erneuerbaren Gasen regulatorisch unterstützt werden, etwa durch die Befreiung von der CO<sub>2</sub>- und Erdgasabgabe.

Eine andere Möglichkeit, mit den PV-Einspeisespitzen umzugehen, ist jene der dynamischen Leistungsregelung, erklärte Hengst. Bei einer Abregelung der Anlagen auf 70 Prozent der Leistung könnten dennoch rund 95 Prozent der Energiemengen erzeugt werden. Für die Netzbetreiber bedeute dies wiederum keine Notwendigkeit, für 30 Prozent der Anlagenleistung Kapazitäten im Netz zu reservieren.

### Höhere Energieerzeugung möglich

Insgesamt können durch die Leistungsreduktion der Anlagen um 30 Prozent mehr Anlagen ans Netz angeschlossen werden, was wiederum zu einer Erhöhung der erzeugten Energiemenge von rund 45 Prozent führt, betonte Hengst. Der Einsatz von dynamischer Leistungsregelung erspare Netzausbaukosten von mehreren Hundert Millionen Euro und wirke sich damit auch positiv auf die Netzkosten aus. Damit diese aber umgesetzt werden könne, müsse sie rechtlich verankert werden. [/af](#)

Von Alexander Fuchssteiner

## ENERGIEEFFIZIENZGESETZ

# E-Control übernimmt Monitoring des EEffG

**Wien (energate) - Die E-Control übernimmt das Monitoring des Energieeffizienzgesetzes. Früher war jahrelang die Österreichische Energieagentur damit befasst.** "Wir freuen uns auf die neue Aufgabe und werden diese in gewohnter Professionalität durchführen", erklärte Alfons Haber, Vorstand der Regulierungsbehörde. Das Energieeffizienzgesetz (EEffG) sei ein "essenzieller Baustein" für die Energiewende.

### Operative Tätigkeit "möglichst bald"

Als neu ernannte Behörde für Energieeffizienz soll die E-Control nun das Erreichen der Ziele beobachten und auch bewerten. Die Einrichtung der behördlichen Funktion soll möglichst bald beginnen und dann die operative Tätigkeit starten, hieß es. Die Energiekrise und die hohen Preise im Vorjahr hätten auch gezeigt, wie wichtig der effiziente Umgang mit Energie sei, so Haber.

Sein Vorstandskollege Wolfgang Urbantschitsch verwies auf das Thema Energiearmut. Dieses erfahre durch das neue Energieeffizienzgesetz "eine gesetzliche Stärkung" und das sei zu begrüßen. Hier müssten rasch weitere Maßnahmen kommen, weil viele Menschen Probleme hätten, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Die Koordinierung von Behörden, Kommunen und Versorgern soll der Klimafonds übernehmen. Der Nationalrat hat das EEffG Anfang Juni in einer vereinfachten Form beschlossen. Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne mussten die Novelle mehrmals verschieben,

weil SPÖ und die Freiheitlichen ihre Zustimmung verweigert haben. Das Gesetz hatte ursprünglich eine Zweidrittelmehrheit im Parlament gebraucht. Die gekürzte Version kommt ohne diese aus, weil die Verpflichtung für die Bundesländer zu konkreten Maßnahmen gestrichen worden ist. Stattdessen enthält das Papier jetzt Richtwerte für die Bundesländer.

Die Regierungsparteien standen dabei unter erheblichem Druck: Das aus dem Jahr 2014 stammende frühere EEffG ist 2020 ausgelaufen, seine Bestimmungen blieben in Kraft. Weil Österreich jedoch eine Energieeffizienz-Richtlinie der EU umsetzen musste, drohte ein Verfahren wegen Vertragsverletzung mitsamt Strafzahlungen. Der Beschluss im Parlament hat diese nun verhindert. Allerdings steht auf europäischer Ebene schon die neue Energieeffizienz-Richtlinie kurz vor der Veröffentlichung. Sie werde "die Anforderungen an die Mitgliedsländer noch einmal nach oben schrauben", so Wolfgang Urbantschitsch.

#### Aus für Lieferantenverpflichtung - verpflichtende Audits

Die Novelle des EEffG hat die meisten bestehenden Bestimmungen beibehalten. Verpflichtend soll das Ziel sein, den Energieverbrauch in Österreich bis 2030 um 18 Prozent zu verringern. Neu dagegen ist ein Ende der sogenannten Lieferantenverpflichtung. Stattdessen müssen Energieversorger kostenlose Beratungsstellen für Haushalte betreiben, telefonisch oder online.

Für die Industrie gilt weiterhin eine Pflicht zu Energieaudits, wovon laut Wirtschaftskammer rund 2.000 Betriebe betroffen sind. Unternehmen, die ihre Prozesse effizienter machen und dafür eine Amortisationsdauer von 15 Jahren brauchen, dürfen Maßnahmen auch bei Öl und Gas anrechnen lassen. Der Bund soll in seinem Bereich die Energieeffizienz ebenfalls erhöhen. /pm

Von Peter Martens

#### ERNEUERBARENAUSBAU

## Zweiter PV-Fördercall: Nachfrage gesunken

**Wien (energate) - Der zweite Fördercall für Photovoltaikanlagen und Stromspeicher nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) ist gestartet. Innerhalb der ersten Stunde wurden rund 37.000 Tickets von Förderwerbern und Förderwerberinnen gezogen,** teilte die Abwicklungsstelle Oemag mit. Damit zeigte sich die Nachfrage im Vergleich zum ersten Call mit 100.000 Tickets deutlich geringer. Trotzdem sei das insgesamt steigende Interesse an PV-Anlagen und Stromspeichern sehr erfreulich.

Die Antragsteller und -innen haben nun bis zum 28. Juni Zeit, ihren Antrag zu vervollständigen. Bis dahin können auch weitere Tickets gezogen werden. Nach der Frist erfolgt die Kontrolle der Förderanträge durch die Abwicklungsstelle. Danach werden erste Ergebnisse des Fördercalls bekannt gegeben, erklärte die Oemag. Aufgrund der großen Anzahl von Anträgen will die Abwicklungsstelle ihre Kapazitäten weiter erhöhen. Dadurch

sollen die Services verbessert werden, sagten die beiden Oemag-Vorstandsmitglieder Horst Brandlmaier und Gerhard Röhlin. Insgesamt stehen der Abwicklungsstelle für den zweiten EAG-Fördercall 45 Mio. Euro zur Verfügung. Förderanträge von Privatpersonen, die mit dem Budget nicht abgedeckt werden können, werden automatisch an eine zusätzliche Förderschiene des Klima- und Energiefonds weitergeleitet.

Die Weiterleitung erfolgt dabei nur, wenn die Antragsteller und -innen im Vorfeld ihre Zustimmung erteilt und keinen Zuschlag für ihre Anlage beantragt haben. Beim Klimafonds stehen dann weitere 61 Mio. Euro für die Förderung zur Verfügung. Förderwerber und -innen, die in dieser Runde kein Geld erhalten, können beim nächsten Fördercall erneut einreichen. Im August und Oktober dieses Jahres finden zwei weitere Förderrunden statt. Für beide steht noch ein Budget von insgesamt 115 Mio. Euro zur Verfügung, erklärte das Klimaschutzministerium. /af

Von Alexander Fuchssteiner

#### PHOTOVOLTAIK

## Größte Photovoltaikanlage Kärntens eröffnet

**Klagenfurt (energate) - Die Kelag hat in Klagenfurt eine Photovoltaikanlage mit 4,15 MW in Betrieb genommen. Die Anlage auf einer Gesamtfläche von 45.000 Quadratmetern sei derzeit die größte Freiflächenanlage Kärntens, so der Versorger.** Sie soll nun 4,8 Mio. kWh Strom im Jahr liefern. Die Kelag hat vier Mio. Euro in das Projekt in einem städtischen Industriegebiet investiert und kündigte gleichzeitig den weiteren Ausbau der Erzeugung an. "Zentrale Aussagen im neuen Kärntner Regierungsprogramm stimmen uns optimistisch", so Vorstand Reinhard Draxler mit Verweis auf die Pläne der neu gewählten Landesregierung (SPÖ/ÖVP). Photovoltaik sei wichtig, aber im Winter werde es mehr Windkraft brauchen, ergänzte Vorstand Danny Güthlein.

Im bundesweiten Vergleich gehört die Anlage in Klagenfurt eher zu den kleineren. Der Wiener Flughafen betreibt etwa in Niederösterreich 24 MW. Im burgenländischen Nickelsdorf ist aktuell der erste Abschnitt einer Hybridanlage mit 112 MW kurz vor Fertigstellung. /pm

Von Peter Martens

#### BETEILIGUNGEN

## OMV steigt bei kanadischer Geothermiefirma ein

**Wien/Calgary (energate) - Die OMV beteiligt sich an der kanadischen Geothermiefirma Eavor. Dieses Unternehmen ist auf Geothermie mit geschlossenem Kreislauf spezialisiert.** Mit der Beteiligung bekomme die OMV Zugang zu Dienstleistungen, bevorzugten Lizenzbedingungen und Unterstützung in der Entwicklung, hieß es. Der österreichische Energieriese steigt mit 6,5 Prozent bei Eavor ein und zahlt dafür 34 Mio. Euro.

Mit dem neuen Partner will die OMV nun an Projekten rund um Geothermie in Österreich, Deutschland und Rumänien arbeiten. Ziel ist die Gewinnung von Wärme mit Systemen, die "erheblich" weniger geologische Risiken haben sollen als die Erdwärme üblicherweise. Das Konzept der Kanadier sieht den Bau eines geschlossenen Kreislaufsystems im Gestein tief unter der Erdoberfläche vor. Vollständig vom Erdreich isoliert soll dann eine "unbedenkliche" Flüssigkeit zwischen dem unterirdischen Gestein und der Erdoberfläche zirkulieren und Wärme transportieren. Andere Systeme der Geothermie nutzen Wasser zum Wärmetausch. Die Technik von Eavor sei "voll skalierbar und in verschiedenen Arten von geologischen Strukturen anwendbar", so die Beteiligten. Das werde der

OMV erlauben, Fernwärmenetze außerhalb der üblichen hydrothermalen Gebiete mit Wärme zu beliefern.

Derzeit prüft die OMV im Wiener Becken die technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit für Geothermie. Ende 2022 meldete der Konzern nach ersten Tests positive Ergebnisse: Das in eine Tiefe von drei Kilometern gepumpte Wasser kam mit 102 Grad Celsius zurück. In einem anderen Großprojekt rund um Erdwärme kooperiert die OMV mit Wien Energie. Dabei geht es um die Erschließung eines riesigen Heißwasservorkommens unter der österreichischen Bundeshauptstadt. /pm

Von Peter Martens

## Auch unterwegs immer auf dem neuesten Stand!

Mit dem ener|gate messenger<sup>+</sup> haben Sie Zugriff auf **laufend aktualisierte Nachrichten per Web & App.**

**Jetzt mehr erfahren!**

